

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort. Seite XV.

1. *Kapitel.* Das Zentrum in Bayern 1887—1914. Der Abbau des Kulturkampfes. Das Ministerium des Freiherrn von Hertling. Seite 1—56.

Die innerpolitischen Verhältnisse nach dem Tode des Königs Ludwig II. 1. — Der Prinzregent Luitpold und das Ministerium Lutz 2. — Papst Leos XIII. Enzyklika „*Officio sanctissimo*“ vom 22. Dezember 1887 über die Beschwerde der Kirche in Bayern 3. — Denkschrift des bayrischen Episkopats an den Prinzregenten vom 14. Juni 1888 (bzw. 8. November 1888) 4. — Bescheid des Ministerpräsidenten Freiherrn von Lutz 4. — Antwort des Papstes 5. — Katholische Volksbewegung gegen das Staatskirchentum 6. — Vorgehen der Zentrumsfraktion mit kirchenpolitischen Anträgen in der Abgeordnetenversammlung 8. — Annahme der Anträge in der Abgeordnetenversammlung; ungünstige Stellungnahme der Kammer der Reichsräte 9. — Opposition des Zentrums; Einlenken des Ministeriums 10. — Zulassung der Redemptoristen 10. — Lösung der Altkatholikenfrage 11. — Festhalten des Ministeriums am Placet 12. — Verhinderung der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in München 1890 durch die bayrische Regierung 13. — Abgang des Ministerpräsidenten von Lutz 18. — Das Ministerium Crailsheim 19. — Die Bevorzugung der Protestanten in Beamtschaft und Professorenschaft 20. — Innere Verhältnisse der Zentrumsfraktion 21. — Rückgang des Zentrums bei den 1893er Landtagswahlen 23. — Neue Parteien: Sozialdemokratie und Bauernbund 24. — Streben nach Trennung der Bayern vom Zentrum im Reichstag 27. — Erfolg des Zentrums in den 1899er Wahlen 28. — Wahlbündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie 29. — Der Kampf des Zentrums gegen die Bauernbewegung 30. Verschärfung des Partikularismus der bayrischen Zentrumsparlei 31. — Schädlers Einfluß in der Fraktion 33. — Anwachsen der Sozialdemokratie 35. — Der Adel im Zentrum 36. — Die Reform des Wahlrechts zur Abgeordnetenversammlung 38. — Zusammengehen des Zentrums und der Sozialdemokratie bei der Neuwahl (1905) 39. — Annahme der Wahlrechtsreform 40. — Die ersten Wahlen (31. Mai 1907) nach dem neuen Wahlrecht 40. — Zusammengehen des Zentrums mit den Sozialdemokraten bei den Stichwahlen 40. — Meinungsverschiedenheit des Erzbischofs von München und der Zentrumsparlei 41. — Stellung und Wirken der Zentrumsmehrheit in der neuen Kammer 42. — Neuer Kampf um das *Placetum regium* 43. — Gesetzgeberische Arbeit unter Führung des Zentrums 45. — Tod des Fraktionsvorsitzenden Prälaten Dr. v. Daller 45. — Konflikt des Zentrums mit dem Verkehrsminister und Auflösung der Kammer der Abgeordneten 46. — Wahlbündnis der Liberalen, des Bauernbundes und der Sozialdemokraten gegen

das Zentrum; Sturz des Ministeriums Podewils und Berufung des Zentrumsführers Freiherrn von Hertling zum Ministerpräsidenten 47. — Das Ministerium Hertling 49. — Das Zentrum bei der Reichstagswahl 1912 in Bayern 49. — Landtagswahl (5. Februar 1912) 50. — Das Zentrum in der neuen Kammer und Freiherr von Hertling 50. — Erlaß des Kultusministeriums zur Einschränkung des Jesuitengesetzes 52. — Neue Aufrollung der Frage des Plazets 52. — Das katholische Ordenswesen 54. — Tod des Prinzregenten Luitpold 1914; Nachfolge des Prinzregenten, spätem Königs Ludwig III. 55. — „Zentrumsherrschaft“ bis zur Revolution (1918) 55. — Uebernahme der Reichskanzlerschaft durch Graf von Hertling (1917) 55.

2. Kapitel. Die Zentrumsbewegung in Württemberg 1887—1914. Das Werk Adolf Gröbers. Seite 57—97.

Friedliche Lage der katholischen Kirche 57. — Bedenken der kirchlichen Autorität gegen die Gründung einer Zentrumsfraktion in der Zweiten Kammer 60. — Der Mißstand des Fehlens einer politischen Organisation der Katholiken 61. — Die Parteiverhältnisse in der Zweiten Kammer 61. — Die katholischen Abgeordneten 62. — Katholische Bewegung für die Zulassung von Männerorden und für die konfessionelle Schule 62. — Eintritt Adolf Gröbers in das politische Leben 63. — Der Erste Katholikentag zu Ulm (1890) 66. — Erfolgreiche Bemühungen um Zulassung von Männerorden 68. — Bischof von Hefeles Einverständnis mit der Zentrumsbewegung 70. — Gröbers Kampf in der II. Kammer gegen die Imparität 71. — Gröbers Schroffheiten des Charakters und Vorgehens 73. — Gröbers Stellung im Volk und im Landtag 74. — Probsts Bruch mit der Linken 75. — Mißglücken des ersten Versuchs der Bildung einer Zentrumsfraktion 77. — Die Volksvereinsversammlung zu Ellwangen Pfingsten 1894 für Bildung einer Zentrumsfraktion 78. — Gründung der Zentrumspartei, 11. Juli 1894, in Ulm 79. — Programm der konstituierenden Landesversammlung, 17. Januar 1895, zu Ravensburg 80. — Wahlbewegung und Neuwahlen zur Zweiten Kammer 81. — Bildung der Zentrumsfraktion 82. — Zentrumsantrag auf Reform der II. Kammer und des Wahlrechts 82. — Grundsätzliche Politik der Zentrumsfraktion 83. — Gröbers Tätigkeit im Volksverein für das katholische Deutschland 84. — Angst des Protestantismus vor katholischen Thronfolgern; das Religionsreversaliengesetz 85. — Der Zweite Katholikentag von Ulm, (8.—9. Dezember 1901) 88. — Stellung und Politik der Zentrumsfraktion 89. — Vorstoß in der Frage der Zulassung von Orden 90. — Mitarbeit an der Verfassungsreform 91. — Ablehnung der Verfassungsreform durch das Zentrum 92. — Stellung des Zentrums in der neuen Volkskammer 94. — Das neue Volksschulgesetz 95. — Die katholische Presse 96. — Bischöfe und katholisches kirchliches Leben 96.

3. Kapitel. Das Zentrum in Baden 1887—1914. Der Kampf gegen den Nationalliberalismus um die Zulassung von Ordensgenossenschaften. Das Lebenswerk Theodor Wackers. Seite 98—210.

Die Zerrüttung der Katholischen Volkspartei 98. — Niedergang bei den Landtagswahlen 99. — Ermordung des Dekans Förderer 100. — Die Leitung der Fraktion durch Marbe 102. — Die Kirchenpolitik der Regierung 103. — Regierung und Erzbischofswahl 104. — Erzbischof Roos und die katholisch-poli-

Inhaltsverzeichnis.

tische Bewegung 107. — Eine kirchenpolitische Gesetzesvorlage 109. — Widerstand der nationalliberalen Mehrheit 109. — Wackers Kampf gegen die Herrschaft des Nationalliberalismus 111. — Die 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Freiburg (1888) 114. — Windthorsts Ausführungen zur Lage in Baden 115. — Die Stellung des Großherzogs zu den Katholiken 116. — Wiedereintritt Wackers in das politische Leben 118. — Die gläubigen Protestanten und das Zentrum 119. — Verschmelzung der Katholischen Volkspartei mit dem Zentrum 121. — Die allgemeine Politik Wackers 122. — Erfolge der Arbeit Wackers 123. — Scheitern einer Versöhnungspolitik an dem Widerstand der Nationalliberalen 124 — und des Großherzogs — Abneigung gegen Wacker und das Zentrum 125. — Stellung des Zentrums in den Kammern des Landtags 127. — Das Landtagswahlrecht und die Verfassungsreform 128. — Die Kirchenpolitik Wackers und der Zentrumspartei 128. — Wirtschafts- und Schulpolitik des Zentrums 129. — Erzbischof Roos und die Regierung 130. — Schwierigkeiten bei der Erzbischofswahl von 1896/98. Erzbischof Nörber 132. — Verhältnis der Regierung zum neuen Erzbischof 137. — Wackers Ausscheiden aus dem Landtag 138. — Die Wahlreform und die Stellung der Parteien 144. — Die ersten Landtagswahlen nach dem neuen Wahlrecht (1905) 145. — Großblockabkommen zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie 145. — Mehrheit des Großblocks 147. — Die Angst der Liberalen und Protestanten vor einer katholischen Thronfolge 147. — Die Großblockpolitik der Regierung 148. — Die Politik des Zentrums gegen den Großblock 151. — Wahl des Zentrumsführers Fehrenbach zum Präsidenten der Zweiten Kammer 152. — Neuwahlen 1909 („Zündhölzlewahl“) 154. — Wahlen von 1913 und 1917, Großblocks Herrschaft und Ende 155. — Das „Proporz“-Begehren der Nationalliberalen 156. — Schulpolitik des Großblocks 157. — Der Stand der Ordensfrage 159. — Aktion des Zentrums für Zulassung männlicher Orden 160. — Säkularisation und Klösteraufhebung in Baden 161. — Einführung und Versagung der staatlichen Genehmigungspflicht für Ordensniederlassungen 162. — Zulassung von Barmherzigen Schwestern (1845) 164. — Vorübergehende Klosterfreiheit für männliche Orden (1848) 164. — Ordensfrage in der Konvention mit dem Hl. Stuhl (1859) 165 — in dem Kirchengesetz (vom 9. Oktober 1860) 166. — Verbot der vorübergehenden Aushilfe auswärtiger Ordensleute (Gesetz vom 2. April 1872) 168. — Vergebliche Bemühungen der Erzbischöfe Orbin und Roos um Zulassung von männlichen Orden. Petitionsbewegung um Zulassung der Missionstätigkeit von Ordensleuten (1886) 169. — Entgegenkommen der Regierung 169. — Meinungsterrorismus und Widerspruch der Mehrheit der Nationalliberalen. Ablehnung des Regierungsentwurfs in der Zweiten Kammer 170. — Interpellation des Zentrums vom 23. Januar 1890 betr. Zulassung einer Niederlassung von Kapuzinern 171. — Gesetzentwürfe des Zentrums (1891/92 und 1893/94) 172. — Die Mehrheit der Kommission für Zulassung von Ordensniederlassungen und Volksmissionen durch auswärtige Ordensleute 173. — Die prinzipielle Ablehnung der Ordensniederlassungen durch die Regierung und die Kammermehrheit 174. — Aufhebung des Missionsverbots für auswärtige Ordensleute 175. — Gesetzesvorschlag des Zentrums vom 1. Februar 1896 zur Freigabe des Ordenswesens 176. — Annahme in der Kommission, Ablehnung durch Regierung und Zweite Kammer 177. — Neuer Gesetzentwurf des Zentrums betr. Zulassung der Orden (vom 18. Dezember 1897) 179. — Annahme in der Zweiten, Ablehnung in der Ersten Kammer 179. — Gleiches Schicksal der Anträge des Zentrums (vom 27. November 1899) 179. —

Inhaltsverzeichnis.

Neuer Vorstoß des Zentrums (1901). Grundsätzliches Entgegenkommen der Regierung 180. — Nationalliberaler Klostersturm 181. — Adresse der Hochschulen gegen Klöster 183. — Hetze des Evangelischen Bundes 184. — Zurückweichen der Regierung vor dem Klostersturm. 185. — Weitere Behandlung der Ordensfrage durch das Zentrum 188. — Die Stellungnahme des Nationalliberalismus: Intoleranz und innere Unwahrhaftigkeit 189. — Verbot von Vorträgen des Jesuitenpaters Cohausz zu Freiburg und Pforzheim 194. — Interpellation des Zentrums im Deutschen Reichstage wegen des Verbots 196. — Erledigung der Ordensfrage in Baden während und infolge des Weltkrieges 197. — Die Landtagswahl vom 21. Oktober 1913. Die Stärke der Parteien bis zum Weltkriege 198. — Organisation der Zentrumspartei 199. — Die Zentrumspresse 200. — Ende des Großblocks (1917) 201. — Wahl des Kammerpräsidenten aus dem Zentrum 202. — Die Indizierung der Rede Wackers in Essen (1914) über „Zentrum und kirchliche Autorität“ („Gegen die Quertreiber!“) 202. — Hetze der kirchenfeindlichen Presse gegen Wacker 204. — Erklärungen Wackers und der Zentrumsfraktion 206. — Rücktritt Wackers von der Leitung der Zentrumspartei 208. — Nachfolger Dr. Schofer 209.

4. Kapitel. Die Zentrumspartei in Hessen 1887—1914. Seite 211—218.

Politik und Stärke der Zentrumspartei 211. — Streit der Führer Racke und Wasserburg, und Krisis in der Mainzer Zentrumspartei 211. — Überwindung der Krisis unter Führung von Schmitt 214. — Kampf um die Gleichberechtigung der Zentrumsfraktion gegen die Alleinherrschaft der Nationalliberalen Partei 215. — Reform des Landtagswahlrechts 215. — Die Frage der Zulassung katholischer Orden 216.

Schlußbetrachtung über Sinn und Nutzen der Kirchen- und Katholikenfeindschaft der Regierungen, des Liberalismus und des Protestantismus in Deutschland 218.

Das Zentrum im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit.

5. Kapitel. Das Zentrum während des Weltkrieges. Seite 223—247.

Die Urheber des Weltkrieges 223. — Deutschlands Friedenspolitik 226. — Deutschlands Verteidigungskrieg 227. — Stellung der Zentrumspartei und -presse im und zum Kriege 228. — Die Politik im Reichstag 230. — Paritätspolitik 230. — Aufhebung des Jesuitengesetzes 233. — Das Präsidium des Reichstags 235. — Die „Richtlinien für die Parteiarbeit“ des Zentrums 236. — Die Wahlreform in Preußen 237. — Die Parlamentarisierung der Reichsregierung 241. — Meinungsverschiedenheiten in der Zentrumspartei über Kriegsfragen 242. — Die Reichskanzlerschaft des Grafen von Hertling als Übergang zum parlamentarischen Regime 243. — Das parlamentarische Kabinett des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden 246.

6. Kapitel. Die Revolution und die Einberufung der Nationalversammlung. Seite 248—264.

Der Ausbruch der Revolution (November 1918) 248. — Abdankung der Bundesfürsten 249. — Zusammenbruch des deutschen Volkes und Reiches 249. — Verbreitung der antimonarchischen Gesinnung 251. — Kampf um die Ein-

Inhaltsverzeichnis.

berufung der Nationalversammlung 252. — Ausschreitungen der Revolutionsregierungen in Preußen und andern Bundesstaaten 253. — Erzbergers Drängen auf Einberufung der Nationalversammlung 253. — Stellungnahme des Zentrums zur Revolution und Republik 256. — Begründung des Anschlusses an die Republik 260. — Aufruf und Leitsätze des Reichsausschusses der Zentrumsparlei 262.

7. Kapitel. Das Zentrum und die Wahlen zur Nationalversammlung von Weimar. Seite 265—282.

Bewegung in protestantischen Kreisen zur Zentrumsparlei 265. — Abtrennung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum 267. — Die Frage der Namensänderung der Zentrumsparlei 267. — Kampf des Zentrums gegen die Sozialdemokratie 270. — Die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung 270. — Stimmzahlen und Stärke der Parteien in der Nationalversammlung 271. — Mehrheits- und Regierungsbildung durch die „Weimarer Koalition“ 274. — Zutammentritt der Nationalversammlung in Weimar 277. — Die Fraktion des Zentrums 278. — Das „Reichsgeneralsekretariat der deutschen Zentrumsparlei“ in Berlin 279. — Zusammenarbeit des Zentrums mit den Mehrheitssozialdemokraten in der Nationalversammlung 280.

8. Kapitel. Die Arbeit der Nationalversammlung. Die Weimarer Verfassung. Seite 283—301.

Bildung der Reichsgewalt: Reichspräsident und Reichskabinett 283. — Die Frage des Versailler Friedensdiktats 283. — Ausscheiden der Demokraten aus der Regierungskoalition; Kabinett Bauer aus Sozialdemokraten und Zentrum 284. — Annahme des Versailler Friedens 285. — Wiedereintritt der Demokraten in das zweite Kabinett Bauer 286. — Die Reichsverfassung von Weimar (11. Aug. 1919) 287. — Die Partei- und Mehrheitsverhältnisse im Verfassungsausschuß 288. — Vertretung und Politik des Zentrums im Verfassungsausschuß 289. — Die Grundrechte der Religions- und Kirchenfreiheit 293. — Freiheit des Ordenswesens 295. — Verhältnis von Staat und Kirchen 296. — Christliches Kulturgut in der Verfassung 298. — Recht der Erziehung und der Schule 300.

9. Kapitel. Die Vorwürfe gegen die Haltung des Zentrums in der Nationalversammlung. Seite 302—325.

Angriffe reaktionärer Katholiken auf die Verfassung 302. — Stellungnahme der Bischöfe zur Reichsverfassung 303. — Die Zustimmung des Zentrums zur Republik 306. — Seine Aufgaben des Föderalismus 307. — Die Zustimmung des Zentrums zu dem Satze: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ 311. — Die Haltung des Zentrums zu dem Artikel der Reichsverfassung über die Schule 320.

10. Kapitel. Der erste ordentliche Reichstag der neuen deutschen Republik und die folgende Zeit. Seite 326—349.

Erster Reichsparteitag des Zentrums (19. bis 22. Januar 1920) 326. — Die Reichstagswahlbewegung 327. — Schwierigkeiten von „rechts“-stehenden Krei-

Inhaltsverzeichnis.

sen der Katholiken und des Zentrums 328. — Wahlergebnisse und Mehrheitsverhältnisse; das Kabinett Fehrenbach 329. — Die Haltung und Stellung des Zentrums 331. — Beteiligung an den Regierungen 332. — Gesetz über die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen 334. — Parität nach Verfassungen und Praxis 335. — Sozialpolitische Gesetzgebung im Sinne und unter Führung des Zentrums 336. — Auswärtige Politik des Zentrums 337. — Neue „Richtlinien“ der Zentrumspartei 337. — Bekenntnis des Zentrums auf dem 4. Reichsparteitage zur deutschen Republik 339. — Die staatspolitische und kirchenpolitische Haltung der Zentrumsfraktionen 340. — Die Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags 341. — Der Vorstand der deutschen Zentrumspartei 342. — Parteitage der deutschen Zentrumspartei 342. — Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands 343. — Die Ernte des Todes unter den Zentrumsführern 345. — Die überlebende ältere und die junge Generation der Führer des Zentrums 348. — Notwendigkeit des Weiterbestehens der Zentrumspartei 349.

11. Kapitel. Der Reichstag von 1930. Ausblick in die Zukunft. Seite 350—362.

Reichstagswahlen vom 14. September 1930; Wahlauf Ruf des Zentrums 350. — Wahlbewegung und Wahlergebnisse 351. — Stärke der Vertretung des politisch organisierten katholischen Volksteils 352. — Aufstieg des Nationalsozialismus 353. — Zertrümmerung des Rechts- und Linksliberalismus 354. — Parteizersplitterung 355. — Aufgabe, Stellung und Politik der Zentrumspartei im Reich und den Ländern 356. — Notwendigkeit der „Katholischen Aktion“ und der politischen Organisation des deutschen Katholizismus 362.

12. Kapitel. Die programmatischen Verlautbarungen der Zentrumspartei aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Seite 363—378.

Der Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei vom 30. Juni 1918 und die „Richtlinien“ für die Parteiarbeit 363. — Der Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918 und die „Leitsätze für die Politik der deutschen Zentrumspartei 366. — Die „Richtlinien“ der deutschen Zentrumspartei vom 16. Januar 1922 369.

Das Zentrum in den einzelnen Ländern während der Nachkriegszeit.

Einleitung Seite 379—382.

Mitarbeit des Zentrums in den einzelstaatlichen Republiken 379. — Stellung und Bedeutung des Zentrums in den Ländern 381.

13. Kapitel. Preußen 1918—1930. Seite 383—399.

Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung 384. — Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung 385. — Stellung des Zentrums in der Re-

Inhaltsverzeichnis.

gierung, insbesondere im Kultusministerium 387. — Die neue Verfassung 388. — Landtagswahlen (1921) 388. — Das Zentrum in den Koalitionsregierungen 389. — Rücktritt Dr. Porschs vom Vorsitz der Zentrumsfraktion; Wahl und Antrittsrede von Dr. Heß als Fraktionsvorsitzer 390. — Der gleiche Wechsel im Vorsitz der preußischen Zentrumspartei (1930) 392. — Der Rückgang der Zentrumspartei 392. — Paritätspolitik des Zentrums 393. — Kirchenpolitik und Konkordat 395. — Kämpfe der Zukunft für Kirche und Zentrumspartei 398.

14. Kapitel. Bayern 1918—1930. Seite 400—416.

Die November-Revolution 400. — Gründung der „Bayerischen Volkspartei“ 401. — Trennung vom Zentrum; Dr. Heim als Träger des Trennungsgedankens 402. — Programm und Ziel der Bayerischen Volkspartei 403. — Landtagswahlen 405. — Regierungswechsel 405. — Koalitionsregierungen 406. — Das Ministerium Held 406. — Verhältnis der Bayerischen Volkspartei zur Zentrumspartei 407. — Abkommen der beiden Parteien 408. — Kirchenfreiheit und Konkordat 409. — Stellungnahme der Bayerischen Volkspartei gegen den Zentrums kandidaten bei der Reichspräsidentenwahl (1925) 410. — Landtagswahl (1928) 411. — Gründe für die Trennung der Bayerischen Volkspartei vom Zentrum 412.

15. Kapitel. Württemberg 1918—1930. Seite 417—436.

Streben nach einer parlamentarischen Regierung 417. — Das Ministerium Liesching 418. — Die November-Revolution; ein sozialistisches Ministerium Bloß 419. — Die provisorische republikanische sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung Bloß 420. — Ordenszulassung 421. — Wahlen zur Landesversammlung 421. — Neue Koalitionsregierung Bloß 422. — Die neue Verfassung und das Verhältnis von Staat und Kirche 422. — Die neue Zeit für die katholische Kirche 423. — Neuorganisation der Zentrumspartei 423. — Neuwahlen zum Reichstag und Landtag 424. — Minderheitsregierung von Zentrum und Demokraten 425. — Das „Gesetz über die Kirchen“ 426. — Bischofswahl 429. — Kirchliche Statistik und Versorgung der Katholiken; Ordensgenossenschaften 430. — Die katholische Presse 430. — Paritätsverhältnisse 431. — Die kirchenpolitische Lage und das Zentrum 432. — Beteiligung des Zentrums an den folgenden Regierungen; Landtagswahlen und Parteizersplitterung 433. — Die Gemeindeordnung 434. — Reichstagswahlen (1930) 435. — Verantwortungsfreudigkeit und Führung des Zentrums in der Staatspolitik 436. — Die Staatspräsidentschaft des Zentrumsministers Bolz eine Anerkennung der Gleichberechtigung des katholischen Volksteiles 436.

16. Kapitel. Baden 1918—1930. Seite 437—474.

Treue des Zentrums zur Verfassung und Dynastie 437. — Revolution und Zentrum 438. — Eine provisorische Regierung der Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien 439. — Zentralkomitee und Fraktion des Zentrums zur Frage: Republik oder Monarchie? 439. — Aufruf der Parteileitung „An die badischen Mitbürger“ 441. — Das Zentrum in der Wahlbewegung 442. — Entscheidung des Zentrums für die Republik auf Drängen des Freiburger Soldatenrats 443. — Thronverzicht des Großherzogs 445. — Das Vorbild der badischen Zentrums-

Inhaltsverzeichnis.

partei für die Haltung der gesamten deutschen Zentrums-
partei zur Republik 447. — Die Wahl zur badischen Verfassungsgebenden Nationalversammlung 450. — Die republikanische Verfassung: Kirche und Schule 452. — Die neue Regierung 453. — Kirchenpolitik 455. — Tod Theodor Wackers; sein Wesen und Werk 457. — Tod des Zentrumsführers Dr. Zehnter 461. — Reichstags- und Landtagswahlen (von 1924—1930) 463. — Tod des Prälaten Dr. Schofer 464. — Würdigung seiner Persönlichkeit und Politik 465. — Der neue Parteiführer Dr. Baumgartner 467. — Das Zusammenarbeiten des Zentrums mit der Sozialdemokratie und Demokratie 467. — Erfolge 468. — Voraussetzungen; echte Demokratie und Freiheit der Religion und Erziehung; Verzicht auf staatliche Durchsetzung einer religionsfreien Weltanschauung 469. — Konfessionsstatistik 471. — Die katholische Mehrheit und ihre Geltung 472. — Koalitionspolitik des Zentrums; Regierungskoalition von Zentrum, Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei (1931) 473.

17. Kapitel. Hessen 1918—1930. Seite 475—485.

Einführung des parlamentarischen Regimes 475. — Die November-Revolution (1918) 476. — Provisorische Regierung; Aufhebung des Ordensgesetzes 476. — Wahlauf Ruf der Zentrums-
partei zur Frage der Monarchie oder Republik 476. — Wahlen zur Volkskammer 477. — Regierung der „Weimarer Koalition“ 478. — Neue Verfassung 478. — Stillschweigender Thronverzicht des Großherzogs 478. — Stellung des Zentrums zur Republik und Regierungsteilnahme 479. — Landtagswahlen 480. — Koalitionspolitik des Zentrums und ihre Erfolge 480. — Kampf gegen die Imparität 481. — Neuwahlen zum Landtag und Regierungsbildung 482. — Tod des Zentrumsführers Dr. Schmitt 482. — Stärke der Zentrums-
partei 482. — Rückblick auf ihre Politik 483. — Hauptaufgabe der Zukunft: die Schulfrage 484.

18. Kapitel. Schlußwort. Seite 486—501.

Stellung und Politik des Zentrums 486. — Notwendigkeit des Zentrums 487. — Die Zentrums-
partei, die Vertretung des gläubigen katholischen Volksteils 488. — Verfassungspartei: republikanische und demokratische Partei nach der Revolution 489. — Die Republik in Deutschland als die bestehende Gewalt nach der Lehre des Papstes Leo XIII. 489. — Verwerflichkeit der „verfassungsmäßigen“ Umsturzbestrebungen 494. — Abnahme der Katholiken infolge des Versailler Friedens 495. — Politische Vertretung des katholischen Volksteils durch das Zentrum 497. — Zusammenschluß und Zukunftsaufgaben der Katholiken des Zentrums: Nationale und internationale Politik 498. — Abwehr der Gottlosen-Agitation 499. — Gesellschafts- und Wirtschaftsreform 500. — Innerer Umbau des Reiches 500. — Aussicht auf Fortbestand des Zentrums 501.

Vorankündigung des IX. Bandes dieses Werkes 502.

Personen-Verzeichnis.

Sach-Verzeichnis